



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 18. 9. 2016

Inhalt

Regierungsrat lehnt Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» ab	1
Undemokratisches Vorgehen des Zürcher Regierungsrates	2
Lehrplan-Initiative im Kanton Bern zustandegekommen	2
Falsche Behauptungen zur Harnos-Ausstiegsinitiative	3
«Herr Erziehungsdirektor, was verstehen Sie unter Bildung?»	3
Lehrplan 21: Keine gute Nachricht für die MINT-Fächer	5
Allgemeinbildung und MINT-Fächer stärker in den Fokus rücken	6
Studien zum Sprachenlernen	8
Sprachenstreit: Französisch-Lernziele bei weitem verfehlt	8
Alter und schulisches Fremdsprachenlernen	10
Wer in Deutsch gut ist, lernt besser Englisch	11

Regierungsrat lehnt Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» ab

01.09.2016 - Medienmitteilung

Die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» sieht vor, dass Lehrpläne künftig vom Kantonsrat genehmigt werden müssen. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Die Initiative will, dass neu der Regierungsrat auf Antrag des Bildungsrates den Lehrplan beschliesst und vom Kantonsrat genehmigen lässt. Zudem sollen künftig die grundlegenden Inhalte des Unterrichts und die Ziele für jedes Fach und neu für jedes Schuljahr im Lehrplan im Kantonsrat festgelegt werden.

Der Regierungsrat vertritt die Auffassung, dass eine Diskussion über Inhalte des Lehrplans von einem Fachgremium geführt werden muss und nicht Gegenstand politischer Diskussionen sein soll. Deshalb lehnt er die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» ab. Heute wird über Inhalte des Lehrplans im Bildungsrat diskutiert. Der Bildungsrat ist ein fachlich und gesellschaftlich ausgewogen zusammengesetztes Gremium, dessen Mitglieder vom Kantonsrat gewählt werden.

Gemäss aktuellem Zeitplan wird der Lehrplan 21 vor der Abstimmung über die Initiative vom Bildungsrat erlassen. Würde die Initiative angenommen, müsste der Kantonsrat den

Lehrplan nachträglich genehmigen. Der Kantonsratsbeschluss unterstünde dem fakultativen Referendum. Dadurch wäre die Planung eines ordentlichen Schulbetriebs erheblich beeinträchtigt, da über längere Zeit Unsicherheit bestehen würde, auf welchen Lehrplan sich die Schulverantwortlichen auszurichten haben.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat deshalb, die Volksinitiative «Lehrplan vors Volk» abzulehnen. Regierungsratsbeschluss Nr. 800/2016

Undemokratisches Vorgehen des Zürcher Regierungsrates

Stellungnahme zur Medienmitteilung vom 1.09.2016 «Regierungsrat lehnt Volksinitiative „Lehrplan vors Volk“ ab»

Dass der Regierungsrat den von seiner Bildungsdirektion mitverantwortenden Lehrplan 21 lieber durchziehen will, ohne das Volk zu fragen, war zu erwarten. Dass er aber den Lehrplan einführen will, bevor er dem Zürcher Stimmvolk Gelegenheit gibt, über die Initiative «Lehrplan vors Volk» abzustimmen, zeugt von wenig demokratischer Einstellung.

Mit dem von ihm selbst aufgestellten Zeitplan versucht der Regierungsrat de facto, ein Ja zur Initiative zu erschweren, indem er die «Unsicherheit», welcher Lehrplan in der Zwischenzeit gelten solle, als Grund gegen die Initiative anführt. Solche taktischen Spielchen sind in unserem demokratischen Staatswesen nicht am Platz.

Das Initiativkomitee fordert den Regierungsrat auf, die demokratischen Regeln einzuhalten: Zuerst die Volksabstimmung, dann die weitere Planung gemäss dem Entscheid des Volkes. Die für die Zukunft unserer Kinder lebenswichtige Frage, welche grundsätzliche Ausrichtung der Lehrplan der Zürcher Volksschule haben soll, darf nicht einem kleinen Gremium wie dem Bildungsrat überlassen werden, sondern muss in der Bevölkerung breit diskutiert werden können.

Das Initiativkomitee

Lehrplan-Initiative im Kanton Bern zustande gekommen

Der Bund 8.9.2016

Für das Begehren, das sich gegen den Lehrplan 21 richtet, wurden knapp 19'000 Unterschriften eingereicht.

Im Kanton Bern ist die Initiative «Für demokratische Mitsprache - Lehrpläne vors Volk» zustande gekommen. 18'861 gültige Unterschriften seien eingereicht worden, teilte der Regierungsrat am Donnerstag mit.

Die Initianten verlangen, dass neue Lehrpläne künftig vom Grossen Rat erlassen werden. Heute liegt die Kompetenz bei der Kantonsregierung. Das Begehren richtet sich indirekt gegen den Lehrplan 21. (msl/sda)

Falsche Behauptungen zur Harmos-Ausstiegsinitiative

Medienmitteilung Komitee «Ja zum Harmos-Ausstieg», 8.9.2016

In den Abstimmungsunterlagen der St. Galler Staatskanzlei und im flächendeckend verbreiteten Flyer der Nein-Kampagne werden verschiedene Fehlinformationen verbreitet, die im Folgenden klargestellt werden sollen.

Der Austritt aus HarmoS würde nicht „das St. Galler Schulsystem gefährden“, ganz im Gegenteil. Ein Ja zum Ausstieg ist ein wichtiger Schritt für mehr Mitsprache des Volkes im Bildungswesen.

Der Kanton St. Gallen ist ausschliesslich an die Bildungsartikel der Bundesverfassung gebunden. Die dort festgelegte Harmonisierungspflicht hat der Kanton St. Gallen bereits vor seinem Beitritt zum HarmoS-Konkordat erfüllt, wie der Regierungsrat selbst immer wieder betont. St. Gallen wird sie auch nach dem Austritt aus HarmoS weiterhin erfüllen, so wie das auch die anderen 11 Nicht-HarmoS-Kantone machen. Daher besteht nach wie vor keinerlei Veranlassung und keine gesetzliche Grundlage für einen Eingriff des Bundes. Das ist völlig unbegründete Angstmacherei und entbehrt jeglicher Logik.

Viele Eltern und Lehrer erfahren schon heute, dass es durch die Reformwut der letzten Jahre in den Schulen zahlreiche Probleme gibt. Das Schönreden der Regierung kann nicht darüber hinwegtäuschen. Das fragwürdige und nicht kindgerechte Unterrichtsverständnis, das der Lehrplan 21 vorgibt und die umfassende Digitalisierung, muss von den Bürgern diskutiert werden. In den letzten Jahrzehnten hat sich ein Machtapparat von Expertokraten herausgebildet, der die Schule zunehmend vom Volk entfernt hat und die Mitbestimmung des Volkes in Schulfragen verhindern möchte. Die Behauptung, der „Kanton St. Gallen“ sei dank HarmoS „freier“ im Volksschulbereich, stimmt also nur, wenn mit dem „Kanton“ die Bildungsdirektion gemeint ist. Sie schaltet und waltet tatsächlich seit Jahren völlig „frei“ – am Volk vorbei.

Wir wollen aber nicht nur brav Steuern zahlen, sondern auch über unsere Volksschule wieder selbst bestimmen können – zum Wohle unserer Kinder. Die Frage beispielsweise, ob das Lernen von zwei Fremdsprachen bereits in der Primarschule sinnvoll ist, kann und muss sehr wohl vom Volk entschieden werden. Voraussetzung dafür ist der Austritt aus HarmoS.

«Herr Erziehungsdirektor, was verstehen Sie unter Bildung?»

Schweizerzeit vom 2.9.16

Ein Bildungsdirektor rief auf dem Podium verzweifelt aus: «Wir müssen endlich den Zeitgeist im Lehrplan einbauen, um die Probleme der komplexen Zukunft lösen zu können!»

Emilio griff sich an den Kopf; er glaubte nicht richtig gehört zu haben. Zeitgeist? Was uns täglich aus Lautsprechern, Kopfhörern, Bildschirmen und -schirmchen nebst Print- und digitalen Medien entgegenschreit – das soll nun mit dem Lehrplan 21 auch in die Schulen einfließen?

Wer sich allerdings die Mühe nimmt, die Inhalte des Lehrplans 21 etwas näher zu betrachten, beginnt sich zu fragen, was denn eigentlich das Ziel dieser Grössten aller Schulreformen sei. Da wird von Schülerinnen und Schülern in 2300 sogenannten

Kompetenzstufen verlangt, «das eigene Verhalten zu reflektieren», «die Lebensweisen von Pflanzen zu explorieren», «Vermutungen einzuordnen», «Unterschiede zu erklären», «sich selber zu charakterisieren», «die Fortpflanzung zu verstehen und sich auszutauschen», «zu erklären, herzustellen, zu skizzieren, zu unterscheiden, einschätzen, darstellen, reflektieren» – aber sie können nicht erklären, warum etwas so ist wie es ist – weil ihnen das notwendige Wissen vorenthalten wurde. Benedikt Weibel, ex CEO SBB, schreibt dazu: «Mit Verwunderung stellt man fest, dass die Erkenntnis ‹Wissen ist das stärkste Werkzeug, das wir besitzen›, am Lehrplan 21 vollständig vorbeigegangen ist. Im Einführungskapitel über Bildungsziele wird ‹Wissen› mit keinem Wort erwähnt. Dafür erscheint das Wort 'Kompetenz' nicht weniger als neun Mal.»

Die Antwort von EDK-Vertretern fällt dürftig aus: «Wissen wird mit Kompetenzen automatisch vermittelt». Vielleicht im Schlaf? An anderer Stelle offenbart die Bildungsbürokratie, dass sich der Lehrplan 21 eben «am aktuellen Wissen und den aktuellen Erkenntnissen orientiere» ... eben doch am Zeitgeist? Die Kernfrage allerdings lautet: Was hat Zeitgeist mit Bildung zu tun? Und wie lautet eigentlich der vom Volk erteilte Auftrag an die Schulen?

Die aargauische Staatsverfassung enthält in § 28 den Satz: «Jedes Kind hat Anspruch auf eine seinen Fähigkeiten angemessene Bildung.» Ähnliches findet sich auch in andern Kantonen. Das Schlüsselwort heisst fast immer Bildung, häufig mit Verweis auf den Humanismus. Von einem gebildeten Menschen erwarten wir salomonische Problemlösungen, breit abgestützte Urteile, Durchblick, Toleranz. Ein solcher Mensch erscheint uns gebildet, weil er über dem Knatsch steht, Verständnis für Andere aufbringt und Zusammenhänge erkennt. Er kann das, weil er das dazu notwendige Wissen in der Schule erworben hat.

Der Lehrplan 21 ersetzt Bildung durch Ausbildung. Kompetenzen eignen sich zwar für die Berufsausbildung, keinesfalls jedoch für die Vermittlung von Bildung. Menschen ohne genügende Bildung sind unerwünschten Einflüssen und Versuchungen weitaus stärker ausgeliefert als es die Abgänger unserer bildungsorientierten Schulen bisher waren.

Alles, was die Schweiz heute ausmacht (Wohlstand, persönliche Freiheit, Sicherheit und demokratische Mitbestimmung) ist auch Resultat unseres bisher erfolgreichen Bildungswesens. Ein Tor, wer meint, dieses durch eine aus dem Ausland importierte und unerprobte Kompetenzenpädagogik ersetzen zu müssen. Dass der Lehrplan 21 unser Schulsystem tatsächlich aus den Angeln hebt, wird von der EDK kleingeredet. Dabei verschweigt sie, anno 2010 in den «Grundlagen für den Lehrplan 21» verlautet zu haben: «Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.»

Obwohl sich diese veränderte Sichtweise «bloss» auf die Pädagogik bezieht, liefert sie genügend Grund für ersatzlose Streichung der Übung Lehrplan 21. Das beweist auch der wachsende Widerstand führender Pädagogen «aus dem letzten Jahrhundert». Eine weitaus schwerwiegendere Folge für die Zukunft unseres Landes aber bedeutet die Verletzung des gesetzlichen Bildungsauftrags und damit der kantonalen Bildungshoheit.

Emilio schliesst mit der Frage an uns alle: Warum wählen wir Bildungsdirektoren in die Regierung, die nicht wissen, was Bildung ist?

von Emilio

Lehrplan 21: Keine gute Nachricht für die MINT-Fächer

Leserbrief September 2016

In der Juni-Ausgabe der Limmattaler Gewerbezeitung plädiert Gregor Biffiger, Präsident des Gewerbeverbandes Limmattal, in seinem Editorial für eine Stärkung der MINT-Fächer in den Schulen. Als ehemaliger Bezirksschulpfleger und Lehrlingsausbilder kann ich ihm da nur beipflichten.

Viele Wirtschafts- und Gewerbeverbände glauben, das Problem sei in Zukunft mit dem Lehrplan 21 gelöst, weil dort MINT-Fächer aufgeführt seien.

Die Erwartungen in den Lehrplan 21 sind gross. Alles soll er richten. Kann er das überhaupt? Die längst fällige Aufwertung der MINT-Fächer kann nur mit Klassen- oder Frontalunterricht erreicht werden. Mit dem Lehrplan 21 soll jedoch ein völlig anderes, kaum erprobtes «Unterrichtverständnis» eingeführt werden, das die radikalste Änderung in der Geschichte der Volksschule mit sich bringen würde. Der bisherige bewährte Klassenunterricht soll durch «neue Lernformen» abgelöst werden und jeder Schüler müsste sich den Stoff alleine für sich erarbeiten («selbstgesteuertes Lernen»). Die Lehrer würden zu blossen «Lernbegleitern» die praktisch nur noch individuelle Arbeitsblätter verteilen würden.

In den «Grundlagen für den Lehrplan 21» der D-EDK ist nur noch das «selbstgesteuerte Lernen» vorgeschrieben, der Frontalunterricht kommt nicht mehr vor:
www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf.

Das «selbstgesteuerte Lernen» bedeutet in der Praxis, dass qualifizierte Lehrer und Unterricht abgeschafft werden, weil jedes Kind ab dem 1. Schultag alleine bestimmen soll, wann, wie, was und ob es lernen will. Weil das viel mehr Zeit braucht, werden im LP21 die fachlichen Ziele vermehrt nach hinten, in die nächsten Klassen verschoben oder ganz aufgegeben.

Im Rechnen bedeutet das, dass das Verstehen und Auswendiglernen das Einmaleins, das heute in der zweiten Primarschulklasse stattfindet, auf die 2er, 5er und 10er Reihe beschränkt würde. Erst Ende der sechsten Klasse müssten die Schüler gemäss LP21 «die Produkte des kleinen Einmaleins kennen». Ab der fünften oder sechsten Klasse dürfen die Schüler die «Grundoperationen mit dem Rechner ausführen». Auf verbindliche Ziele (zum Beispiel grosses Einmaleins) im Rechnen wird in der Oberstufe sogar ganz verzichtet. Ein späterer Lehrmeister kann sich allerdings nicht darauf verlassen, dass sein Lehrling Prozentrechnungen auf dem Taschenrechner ausführen kann. Mit dem «selbstgesteuerten Lernen» des LP21 ist keine Aufwertung der MINT-Fächer möglich, im Gegenteil. Noch könnten die Weichen anders gestellt werden. Weiter Informationen findet man beim Zürcher Initiativkomitee «Lehrplan vors Volk»; www.lehrplan-vors-volk.ch.

Peter Aebersold, ehem. Bezirksschulpfleger und Lehrlingsausbilder, Zürich

Allgemeinbildung und MINT-Fächer stärker in den Fokus rücken

Vernehmlassung zu den Lektionentafeln des Zürcher Lehrplans 21

Die überladene Lektionentafel der fünften und sechsten Klasse hat die Diskussion um den eigentlichen Auftrag der Primarschule wieder neu entfacht. Welche Bildungsinhalte sind von grosser Bedeutung für die Entwicklung der Kinder und was ist Zusatzstoff?

Bildungsprogramm der Mittelstufe wie ein Wunschkonzert

Die Vernehmlassung zum Zürcher Lehrplan 21 zeigt, dass die Schule mit zu vielen Erwartungen konfrontiert wird. So soll auf der Mittelstufe neu das Fach Informatik und Medienkunde eingeführt werden, der naturwissenschaftliche Unterricht ausgebaut und neben Deutsch und Englisch auch noch Französisch forciert gelernt werden. Das alle Wünsche umfassende Bildungsprogramm mag zwar manche Eltern beeindrucken und viele Bildungspolitiker zufriedenstellen. Wie das Mammutprogramm aber unter verschlechterten Rahmenbedingungen mit weniger Halbklassenunterricht umgesetzt werden soll, ist eine ganz andere Frage.

Ein neu aufgenommenen Programmpunkt ist die Stärkung der Naturwissenschaften. Doch dieses zentrale Bildungsziel erreicht man nicht im Handumdrehen. Seit gut zehn Jahren hat die Lehrerbildung in erster Linie in die Fremdsprachendidaktik und die Förderung der sprachlichen Kompetenz der Lehrpersonen investiert. Der ganze Realienbereich mit den Fächern Geschichte, Geografie und Naturwissenschaften geriet dabei arg ins Hintertreffen. Eine ganze Generation von jüngeren Lehrerinnen und Lehrern muss sich erst das Rüstzeug erarbeiten, um einen spannenden und kindgerechten naturwissenschaftlichen Unterricht erteilen zu können.

Viel versprechendes Interesse der Schüler an Realienthemen

Durch das Anvisieren zu vieler Bildungsziele werden Lehrpersonen zu gehetzten Bildungsangestellten. So geht es sicher nicht. Die Schule muss sich entscheiden, welche Fächer wirklich relevant sind und was eher zum Wunschbedarf einer Stufe gehört.

Das Interesse von Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe für die reale Umwelt ist enorm. Entsprechend hoch ist die Beliebtheit des Faches Mensch und Umwelt, wenn die Bildungsinhalte kompetent vermittelt werden. Die Motivation für die Themen im Realienunterricht liegt meist deutlich höher als für das Französisch in der sechsten Klasse. Für die Schule gilt es, diese Neugier für das Erkennen von Zusammenhängen und ganz allgemein für den Zugang zu elementarer Bildung zu nutzen. Ein guter Realienunterricht ist in vielfacher Hinsicht ein Dreh- und Angelpunkt moderner Bildung.

Lehrerbildung bei den Naturwissenschaften stark gefordert

Die Wirtschaft beklagt einen erheblichen Mangel an ausgebildeten Technikern und Ingenieuren. Die Weichen für das Interesse an Naturwissenschaften und dem ganzen MINT-Bereich werden schon früh gestellt. Engagierte Mittelstufenlehrkräfte haben dies erkannt und den Kindern beispielsweise in Lektionen mit elektrischen Bauelementen technisches Verständnis geweckt oder mit praktischen naturwissenschaftlichen Experimenten wertvolles Wissen vermittelt. Doch diese Annäherung an die Naturwissenschaft blieb mehr oder weniger der Einzelinitiative von Lehrpersonen überlassen.

Nun soll dieser erfolgreiche Ansatz in den Lehrplan der Mittelstufe aufgenommen werden. Das Ziel ist richtig, doch der Auftrag droht an fehlender Zeit, ungenügender Ausbildung

und schlechteren schulischen Rahmenbedingungen zu scheitern. Vorerst gilt es, die Anstrengungen in der Primarlehrerbildung zugunsten der naturwissenschaftlichen und technischen Bildung zu verstärken. Das dürfte aber sehr schwierig sein, wenn weiterhin zu viele Ziele im frühen Fremdsprachenlernen verfolgt werden und die Primarlehrerbildung dafür einen enormen Zeitaufwand budgetieren muss.

Wird die Didaktik für die zweite Fremdsprache hingegen der Sekundarlehrerausbildung zugeteilt, können die Pädagogischen Hochschulen dem Realienbereich der Primarschule und den MINT-Fächern den erforderlichen höheren Stellenwert einräumen.

Allgemeinbildung als Basis für gute Nutzung des Internets

Die Schule kann an den Anforderungen unseres Medienzeitalters nicht vorbeiplanen. Der Umgang mit den elektronischen Medien setzt ein solides Allgemeinwissen voraus, damit die Orientierung in der Datenflut des Internets einigermaßen gelingt. Ohne ein hilfreiches Weltbild, das in einem farbigen Realienunterricht schrittweise entworfen wird, bleiben Lernfortschritte beim Einsatz des Internets zu stark dem Zufall überlassen. Unsere Welt ist komplex geworden, aber ein anschaulicher Realienunterricht mit Schwerpunktbildung kann wichtige Voraussetzung für das Verstehen wesentlicher Zusammenhänge schaffen.

Die Mittelstufe hat die anspruchsvolle Aufgabe, im Realienunterricht den Schülern ein Stück Welt ins Schulzimmer zu bringen. Was bieten sich da nicht alles für Chancen, um Neues zu entdecken und Fragen nachzugehen! Guter Realienunterricht weckt das Interesse für Kultur und ist im besten Sinne Menschenbildung. Ein lebendiger Naturkunde- und Zoologieunterricht kann die Basis für späteres naturwissenschaftliches Forschen legen. Es sind verpasste Chancen, wenn Schülerinnen und Schüler auf der Mittelstufe die Umwelt nur rudimentär kennen lernen oder aus der Geschichte nur wenig Spannendes erfahren, weil die Sprachlastigkeit der Lektionentafel die Lehrkräfte zu sehr in eine andere Richtung drängt.

Wertvolle Wortschatzerweiterung im Sachunterricht

Für Schüler, die sich eher schwer tun mit dem Lesen, bietet der Realienunterricht die beste Gelegenheit, um mit Erfolg Deutsch zu lernen. Wo eine Sache fasziniert, kommt auch die Sprache zum Zug. Das tägliche Sprachbad im Realienunterricht stellte hohe Anforderungen an die fachliche und sprachliche Kompetenz der Lehrkräfte. Aber der Aufwand lohnt sich, wenn auf diese Weise Bildungsprozesse in Gang gesetzt werden. So kann in einer Geografiektion beispielsweise eine eindruckliche Bildfolge über die Zerstörung einer Naturlandschaft zu Denkanstößen und Diskussionen anregen. Oder beim Bau eines kleinen Elektromotors erleben Jugendliche, wie die elektromagnetischen Kräfte wirken und welchen Bauteilen wichtige Funktionen zukommen. Die gewonnenen Einsichten auch sprachlich festzuhalten, ist Teil eines zielgerichteten Realienunterrichts, der die Sprachkompetenz nachhaltig fördern will.

Eine enge Verbindung von Anschauung und Sprache im Realienunterricht ist neben dem Lesen der direkteste Weg, um einen differenzierten Wortschatz zu gewinnen. Diese Feststellung gilt aber nicht mehr, wenn der Realienunterricht für das Lernen von englischem oder französischem Ergänzungsstoff missbraucht wird.

Realienunterricht als Eldorado der Begabtenförderung

Es ist eine zentrale Aufgabe der Volksschule, das vorhandene Begabungspotenzial der Kinder möglichst auszuschöpfen. Es ist aber ein Unsinn, die wichtige Frage der Begabtenförderung fast ausschliesslich auf das frühe Lernen mehrerer Sprachen zu fokussieren. Spätestens in der sechsten Klasse geht im Französisch die Schere zwischen langsam und schnell Lernenden auseinander und führt zu erheblichen Spannungen in den

Klassen. Viel besser geeignet für das Ausschöpfen des Lernpotenzials ist der Unterricht in Mensch und Umwelt, weil der gestalterische Freiraum dieses Faches im Gegensatz zu einem stark an den Lernzielen orientierten Fremdsprachenunterricht keine Grenzen setzt.

Der erlebnisorientierte Realienunterricht spricht alle Kinder an und bietet eine Fülle von Möglichkeiten, um Wissensdurstige individuell zu fördern. Was liegt nicht alles drin bei einem Thema wie „Vom Alltag der Römer in Helvetien“ oder bei einer Projektarbeit über den Bau der NEAT-Eisenbahntunnels! Begabte Kinder können ihr ganzes Repertoire an Möglichkeiten hervorholen: Konzentriertes Einlesen ins Thema, Zusatzinformationen im Internet beschaffen, Projekt als schriftliche Arbeit gestalten, Stichworttechnik für den Vortrag anwenden, Präsentationskonzept in der Gruppe besprechen und schliesslich einen Kurzvortrag halten. Begabte Kinder kommen dabei voll auf ihre Rechnung, sei es im kognitiven, gestalterischen oder sprachlichen Bereich. Diese Art der Begabtenförderung ist sozial gut verträglich und bringt in der Regel der ganzen Klasse einen Gewinn.

Notwendige Weichenstellung zugunsten des MINT-Bereichs

Die Volksschule muss einen erfüllbaren Auftrag erhalten, der frei ist von stofflicher Hektik und schwer einzulösenden Versprechungen. Zurzeit muss die Mittelstufe ein Sprachenkonzept umsetzen, das in keiner Weise überzeugt und erhebliche Auswirkungen auf andere Fächer hat. Bei der Einführung der zweiten Fremdsprache in der fünften Klasse ist die Zeit für vorwiegend spielerisches Lernen entwicklungspsychologisch vorbei und das analytische Lernen steckt erst in den Anfängen. Aufwand und Ertrag beim Frühfranzösisch stimmen nicht. Mit der Verschiebung der zweiten Fremdsprache in die Sekundarschule würde Raum geschaffen, damit die Primarschule ihren ganzheitlichen Bildungsauftrag mit den neuen Schwerpunkten in den MINT-Fächern tatsächlich erfüllen kann. Es wäre ein grosser Schritt vorwärts, wenn im neuen Lehrplan die entsprechende Weichenstellung vorgenommen würde.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, 15. Sept. 2016

Studien zum Sprachenlernen

In den letzten Wochen und Monaten hat die Frage, wie und in welchem Alter man in der Volksschule Fremdsprachen lernen soll, hohe Wellen geworfen. Drei Studien zu diesem Thema liefern dazu entscheidende Grundlagen

Sprachenstreit: Französisch-Lernziele bei weitem verfehlt

von Erich Aschwanden, NZZ vom 19.3.2016

Eine Studie mit 3700 Schülern aus der Zentralschweiz liefert neue Argumente im Streit um die Fremdsprachen.

Der Streit um den Fremdsprachenunterricht vergiftet schon seit längerem das Klima zwischen den Landesteilen. Die letzte Regung in dieser Angelegenheit ist die Ende Februar im Kanton Zürich eingereichte Initiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule». In Luzern wurde eine Initiative mit gleicher Stossrichtung von der Regierung für ungültig, vom Parlament für gültig erklärt. Einen landesweit beachteten Entscheid fällten die Nidwaldner, die vor einem Jahr dieser Forderung eine Absage erteilten. Ohne es explizit zu benennen, wollen diese Volksbegehren Englisch als einzige

Fremdsprache auf der Primarstufe einführen.

Zum ersten Mal liegt nun eine breit angelegte Studie vor, die die Leistungen der Schüler im Fremdsprachenunterricht untersucht und für eine Versachlichung der emotional geführten Diskussion sorgen soll. Das Institut für Mehrsprachigkeit (IfM) der Uni Freiburg und der Pädagogischen Hochschule Freiburg analysierte die Leistungen von 3700 Schülerinnen und Schülern der 6. und 8. Klasse in der Zentralschweiz. In den sechs Kantonen gilt das Modell 3/5: Ab der 3. Primarklasse wird Englisch unterrichtet, ab der 5. Primarklasse Französisch.

Ungeliebtes Französisch

Das auffälligste Ergebnis der repräsentativen Evaluation: In Französisch werden die im Lehrplan festgesetzten Ziele bei weitem nicht erreicht. In der gesamten Zentralschweiz erreichen beim Sprechen nur gerade 3,4 Prozent der Achtklässler das angestrebte Niveau, bei der Fertigkeit Hören sind es 8,7 Prozent. Besser, aber immer noch unbefriedigend, sieht es aus beim Schreiben (37 Prozent) und Lesen (30,7 Prozent). Anders präsentiert sich die Situation beim Englisch. Hier erreichen 60,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler bei der Lesekompetenz das geforderte Niveau, beim Schreiben sind es 65,6 Prozent. Die Motivation, Englisch zu lernen, ist gemäss der Befragung deutlich besser als diejenige, Französisch zu lernen. Immerhin lässt sich gemäss Professor Thomas Studer vom IfM auch im Französisch ein beträchtlicher Kompetenzzuwachs zwischen der 6. und 8. Klasse beobachten. Als Hauptgrund machen die Autoren die unterschiedliche Unterrichtszeit aus. Im Durchschnitt haben die Zentralschweizer Schüler bis Ende des 8. Schuljahrs 40 Prozent mehr Englisch- als Französischunterricht genossen.

Obwohl die Ergebnisse eindeutig sind, sieht Beat Jörg, Präsident der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz, keinen Anlass, das Modell 3/5 auf den Kopf zu stellen. «Grundsätzlich machen wir mit Englisch ab der 3. Primarklasse gute Erfahrungen. Unsere gesamte Lehrerausbildung basiert auf diesem Modell. Die Umwälzungen wären zu gross», erklärt Jörg.

Initiative als Damoklesschwert

Für den Urner Bildungsdirektor Jörg gibt es eine klare Erkenntnis: «Es zeigt sich ganz klar, dass ein konzentrierter Lektioneneinsatz auf der Sekundarstufe I keinen Mehrwert bringt. Das gibt uns sachliche Argumente gegen die Fremdsprachen-Initiativen in die Hand.» Die Zentralschweizer Kantone prüfen nun, wie sie die Französisch-Leistungen verbessern können. Luzern und Nidwalden haben bereits angekündigt, die Zahl der Wochenstunden aufzustocken.

Die Evaluation wurde am Donnerstag der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vorgestellt. Ihr Präsident, Christoph Eymann, erklärt auf Anfrage der NZZ in einer persönlichen Stellungnahme: «Die Studie bringt es schön auf den Punkt, dass man eigentlich überall mit Französisch und nicht mit Englisch beginnen müsste.» Doch wichtig ist für den baselstädtischen Regierungsrat, dass sich alle Kantone weiter hinter den Sprachenkompromiss stellen – egal mit welcher Sprache man beginnt. «Die Fremdsprachen-Initiativen hängen wie ein Damoklesschwert über uns. Ich bin überzeugt, dass der Bund intervenieren wird, wenn ein Kanton in der Primarschule nur noch Englisch unterrichten will», sagt Eymann.

Alter und schulisches Fremdsprachenlernen

Forschungsprojekt des Bundes: Bericht aus dem Tages-Anzeiger, 22.09.2014

Mitautorin: Amelia Lambelet (Mitglied der Autorengruppe)

Die Forscher des «Wissenschaftlichen Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit» (KFM) in Freiburg haben zum Fremdsprachenunterricht in der Primarschule die bisher umfassendste Analyse zum Thema veröffentlicht.

Die Studie «Alter und schulisches Fremdsprachenlernen» schafft einen Überblick über die verfügbaren Studien aus Europa und Übersee. Der Befund lautet:

Im Fremdsprachenunterricht haben ältere Schüler einen entscheidenden Vorteil gegenüber jüngeren. Sie lernen schneller.

Ob die Frühstarter ein paar Jahre später aufholen oder sogar ein höheres Niveau erreichen – etwa dank eines besseren Sprachgefühls oder einer höheren Motivation –, ist nicht klar.

Damit verliert ein wichtiges und viel zitiertes Argument der Befürworter von zwei Fremdsprachen in der Primarschule weiter an Schlagkraft. Auch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) schreibt in ihrer Broschüre zum Fremdsprachenunterricht von 2013: «Kinder im Primarschulalter durchlaufen noch Entwicklungs- und Lernphasen, die für das Sprachenlernen wichtig sind. Sie können damit von Lernprozessen profitieren, die später nicht mehr in der gleichen Art möglich sind. So sind sie beispielsweise offener für den Aufbau und den Erwerb von Lernstrategien.»

Sprachbad als Lösung

Noch vor wenigen Jahren war diese Sicht im Zusammenhang mit dem Sprachunterricht verbreitet. Sie stützt sich vor allem auf Studien über das Erlernen von Fremdsprachen im Alltag – etwa bei Migrantenkinder. «Man dachte lange, es sei das Gleiche, ob ein Kind in seinem natürlichen Umfeld eine neue Sprache lernt oder in der Schule», sagt Amelia Lambelet, Mitautorin des Berichts. Das sei ein Irrtum. In der Schule werde ein Kind nur zwei, drei Stunden pro Woche mit der Fremdsprache konfrontiert. Ein Migrantenkid hingegen höre die neue Sprache jeden Tag und sei darauf angewiesen, diese zu verstehen. Das «Sprachbad» sei immer die optimale Art, eine Fremdsprache zu lernen, sagt Lambelet. Übertragen auf den schulischen Alltag kann dies so interpretiert werden: Die zurzeit zur Debatte stehenden Schüler- und Lehreraustauschprojekte sind ein sinnvolles Mittel. Auch Hausaufgaben, die die Schüler zum Lesen, Musik hören oder Filme schauen in der Fremdsprache animieren, bringen etwas. Das gilt übrigens für jede Altersgruppe.

Angst vor Instrumentalisierung

Lambelet und ihre Forscherkollegen möchten allerdings keinerlei praktische Empfehlungen aus ihrem Bericht ableiten. Dafür gebe es schlicht zu wenige wissenschaftliche Befunde. Es liege ihr fern, den Erziehungsdirektoren Handlungsanweisungen zu geben, sagt sie. Die EDK habe den Bericht zugeschickt erhalten. Ob und welche Konsequenzen daraus in politischer Hinsicht gezogen werden, entziehe sich ihrer Kontrolle. Die Autoren des Berichts möchten verhindern, instrumentalisiert zu werden.

Gründe für frühen Unterricht

In einem Begleitschreiben versuchen sie, ihrem wissenschaftlichen Befund die politische Brisanz zu nehmen: «Es gibt unterschiedlichste Gründe und Faktoren, die für die frühere Einführung des Fremdsprachenunterrichts sprechen», heisst es dort. Aus politisch-

symbolischer Sicht könne der frühere Beginn des Unterrichts einer zweiten Landessprache angezeigt sein. Und es könne bildungspolitisch erwünscht sein, die Kinder möglichst früh für sprachliche Diversität zu sensibilisieren.

Die Lage der Forscher ist delikat: Der Bericht ist im Rahmen eines vom Bund unterstützten Forschungsprogrammes entstanden. Über dieses Mandat wacht eine Steuerungsgruppe, der neben Vertretern des Bundes und von Forschungsinstituten auch solche der EDK angehören. Die Veröffentlichung zu verschieben, sei trotzdem nicht infrage gekommen, sagt Lambelet. «Das Projekt ist Teil der Vereinbarung des Kompetenzzentrums mit den Auftraggebern, diese Information ist öffentlich. Wenn man jetzt nicht kommuniziert, so könnte auch dies wiederum vonseiten der Politik interpretiert und instrumentalisiert werden.» Es gebe wohl keinen guten Zeitpunkt für so einen Bericht.

EDK will selber analysieren

Der Bericht des KFM zeige vor allem auf, «dass es heute viele Forschungslücken gibt», schreibt die EDK in einer Stellungnahme. Studien aus dem Ausland könne man nicht einfach auf die Verhältnisse in der Schweiz übertragen. Und es gebe viele Unbekanntes – etwa die Art und Qualität des Unterrichts. Wichtig sei für die Schweiz nun, die vorgenommenen Veränderungen beim Sprachenunterricht gut zu evaluieren. Daraus müssten dann Erkenntnisse für die Unterrichtsgestaltung gezogen werden.

Wer in Deutsch gut ist, lernt besser Englisch

Universität Zürich, Medienmitteilung vom 10.12.2014

Die Lese- und Schreibkompetenz in der Erstsprache beeinflusst das Lernen einer Fremdsprache stark. Wer Deutsch gut liest und schreibt, kann diesen Vorteil aufs Englische übertragen – unabhängig vom Alter zu Lernbeginn der Fremdsprache. Der frühe Fremdsprachenunterricht zahlt sich hingegen weniger aus, als bis anhin angenommen; kurzfristig kann er die Erstsprache auch negativ beeinflussen. Dies zeigt eine Linguistin der Universität Zürich in ihrer Langzeitstudie mit 200 Zürcher Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr – besagt eine von zwei Behauptungen über das Fremdsprachenlernen, nämlich: je früher man gezielt eine Fremdsprache lernt, desto besser ist das sprachliche Niveau langfristig. Die zweite Auffassung geht davon aus, dass man in der Erstsprache gefestigt sein muss, um in der Fremdsprache eine gute Lese- und Schreibkompetenz aufzubauen. Diese beiden Behauptungen greift die Linguistin Simone Pfenninger von der Universität Zürich in ihrer 5-Jahres-Studie mit Schweizer Gymnasiasten auf. Sie eruiert das ideale Alter für das Lernen von Deutsch als Schriftsprache und Englisch als Fremdsprache. Ihre jetzt daraus veröffentlichten Teilergebnisse belegen: Wer Deutsch gut liest und schreibt, kann diesen Vorteil ins Englische übertragen – und dies interessanterweise unabhängig vom Alter zu Lernbeginn der Fremdsprache oder dem biologischen Alter. Die Studie zeigt ebenfalls, dass sich aus dem frühkindlichen Fremdsprachenunterricht keine kurz- oder langfristigen Vorteile ergeben – kurzfristig kann der frühe Fremdsprachenunterricht die Erstsprache auch negativ beeinflussen.

Positive und negative Einflüsse des Deutschen aufs Englische erforscht

Während fünf Jahren hat die UZH-Wissenschaftlerin untersucht, inwiefern das Alter und die Kenntnisse in der Erstsprache bzw. im Hochdeutschen die Entwicklung von schriftlichen Englischkenntnissen beeinflussen. Um die Kompetenzen in Deutsch und

Englisch zu messen, wurden 200 zufällig ausgewählte Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Kanton Zürich zu Beginn und gegen Ende ihrer obligatorischen Schulzeit auf der Oberstufe im Lesen und Schreiben getestet. Eine Gruppe hatte mit acht Jahren in der Primarschule mit dem Englischunterricht begonnen, während die zweite Gruppe erst mit dreizehn Jahren in der Sekundarstufe damit angefangen hatte.

Neben dem positiven Einfluss des Deutschen auf das Englische wurden auch die negativen Einflüsse bzw. die Übertragung erstsprachlicher Strukturen auf die Fremdsprache in den Bereichen Syntax und Morphologie untersucht. «Denn mit zunehmender Verwurzelung der Erstsprache könnte man auch einen zunehmenden Einfluss der Schriftsprache auf das Erlernen von Englisch erwarten», erklärt Simone Pfenninger.

Die Resultate zeigen: Der Fremdsprachenunterricht im früheren Alter wirkte sich weder kurz- noch langfristig vorteilhaft aus. Bereits nach sechs Monaten haben die Lernenden, die fünf Jahre später einstiegen, die Frühlernenden eingeholt und teilweise sogar übertroffen – dies punkto grammatikalische Korrektheit und Komplexität, Sprachfluss, Grammatikalitätsbeurteilung, sowie inhaltliche und strukturelle Aspekte des schriftlichen Ausdrucks. Allerdings verfügten die Frühlernenden bei der ersten Datenerhebung über einen grösseren Wortschatz, und sie hatten weniger die Tendenz, ihre Lücken im Wortschatz der Fremdsprache durch sogenanntes Code-Switching ins Deutsche zu füllen. «Zum Zeitpunkt der zweiten Datenerhebung, kurz vor der Maturität, waren keine Unterschiede mehr bezüglich des frühen bzw. späten Einstiegs in den Fremdsprachenunterricht erkennbar», so Simone Pfenninger.

Spätlerner hatten bessere schriftliche Deutschkenntnisse

Die für den frühen Fremdsprachenunterricht wenig ermutigenden Ergebnisse lassen sich gemäss der Studienautorin wie folgt erklären: Zu Beginn der Gymnasialschulzeit wiesen die Spätlerner signifikant bessere schriftliche Deutschkenntnisse auf als die Frühlernenden, die bereits in der Primarschule in Deutsch, Englisch und Französisch unterrichtet worden waren. Die Spätlerner begannen den Fremdsprachenunterricht daher mit einer günstigeren Grundlage in der Schriftsprache. Wobei sich dieser Vorteil nach fünf Jahren bei der zweiten Datenerhebung nicht wiederfand. Darüber hinaus korrelierte der Zusammenhang zwischen schriftlichen Deutsch- und Englischkenntnissen positiv und signifikant: «Wer gut im Deutsch ist, kann diesen Vorteil auf die Fremdsprache übertragen, völlig unabhängig vom Alter bei Lernbeginn oder vom biologischen Alter», fasst Simone Pfenninger zusammen. Die Studie zeige daher klar auf, dass der Faktor Alter für den Prozess des Fremdsprachenlernens nicht einzig auf ein möglichst frühes Alter zu Lernbeginn reduziert werden könne.

Literatur:

Pfenninger, Simone E. The Literacy Factor in the Optimal Age Debate: a 5-Year Longitudinal Study. International Journal of Bilingual Education and Bilingualism. December 10, 2014. doi: 10.1080/13670050.2014.972334

18. 9. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5